

**POSTENGERANGEL IN DER EUROPÄISCHEN UNION Kollateralschaden an der Demokratie**



**Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen hatte bereits auf Wahlkampf geschaltet**, als sie sich im EU-Parlament vorstellte. Der beschädigte Spitzenkandidat Manfred Weber hingegen haderte mit seiner Verliererrolle. In Zweieinhalb Jahren soll er jetzt als Präsident des Europaparlaments den gestern gewählten David Sassoli beerben. FOTO: DPA

# Theaterdonner nach EU-Postenpoker

Die Überraschungs-Personalie „vdL“ bringt in der Bundesregierung einiges durcheinander. Vor allem die SPD ist mal wieder auf dem Baum. Doch hat das tatsächlich Nachwirkungen?

**VON THERESA MÜNCH, CHRISTOPH TROST UND JÖRG BLANK**

Berlin – Ist es nur Theaterdonner? Oder steht die große Koalition einviertel Jahre nach ihrem Wackelstart schon wieder auf der Kippe? Teile von SPD und Union beharken sich am Mittwoch nach dem Coup um den geplanten Wechsel von Ursula von der Leyen an die Spitze der EU-Kommission, als ob sie ärgste politische Feinde wären – und nicht gemeinsam dafür sorgen wollten, das Land nach vorne zu bringen.

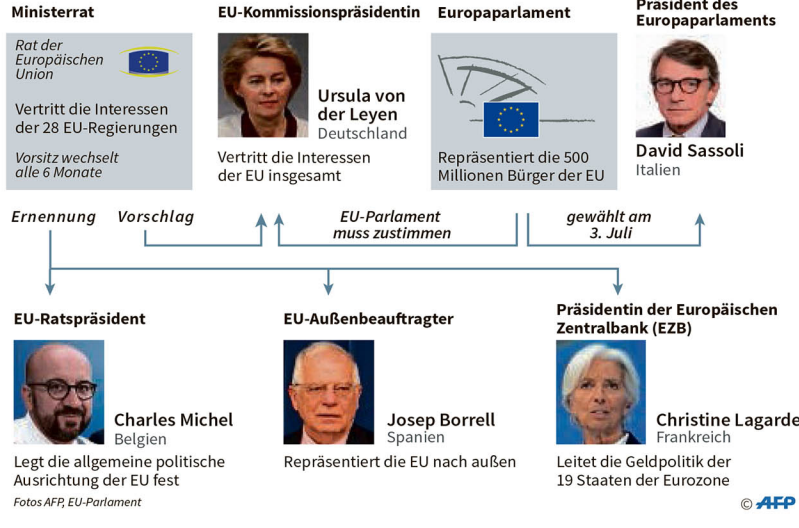
Zugleich tagt im Kanzleramt das Kabinett, als ob rein gar nichts passiert wäre. Dabei rauscht fast zur gleichen Zeit erneut ein Sturm durch das politische Berlin. Seitens der SPD sind es allerdings nicht die Amtsträger, die das verbale Gegeneinander auf Touren bringen. SPD-Leute aus Brüssel und den Ländern

sehen die Demokratie beschädigt, weil nach dem Brüsseler Kompromiss nicht die Spitzenkandidaten Manfred Weber und Frans Timmermans zum Zuge kommen. Am lautesten poltert Ex-SPD-Chef Sigmar Gabriel: Er sieht sogar einen Grund für die in Umfragen weiterhin darbenenden Sozialdemokraten, die Regierung zu verlassen.

In der CDU sind sie einigermaßen konsterniert über die lautstarke Empörung aus Teilen der SPD. CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer kontert, immerhin sei die Union samt Weber bereit gewesen, zugunsten des Sozialdemokraten Timmermans und der Spitzenkandidaten-Idee zurückzustecken. Dabei mache die SPD nun „deutlich, dass es ihr am Ende um das eigene parteipolitische Interesse geht. Nicht um Europa, und auch nicht um die Interessen Deutschlands“.

Doch so schnell die Emotionen bei den Sozialdemokraten hochkochen, so schnell kühlen sie auch wieder runter. Ärgerlich, ja. Aber für die Koalition sei die Situation nicht existenzbedrohlich, heißt es rasch im Willy-Brandt-Haus, der Parteizentrale. Für eine Kernschmelze in der Regierung müssen schon andere Dinge passieren – zumal sich Merkel bei

## EU-Spitzenposten



der Nominierung von der Leyens ja enthalten hat. Damit dürfte sie den Koalitionsfrieden gewahrt haben, wird signalisiert.

In der Union ist der Tag danach auch ein Tag der Spekulationen. Wer rückt für von der Leyen am Kabinettschisch nach? Es laufe wohl auf den jungen Gesundheitsminister Jens Spahn zu, meinen die einen. Schon seit Wochen wird sein Name genannt, wenn über einen Umbau der

schwarzen Seite des Regierungsteams geraunt wird. Seine Aufgaben aus dem Koalitionsvertrag habe er weitgehend abgearbeitet. Sollte er auf dem „Feuerstuhl“ Verteidigungsminister reüssieren, könne ihn das für noch höhere Aufgaben auszeichnen, hoffen seine politischen Freunde.

Glaubt man Unionsstimmen hinter vorgehaltener Hand, können sich aber auch CDU-Verteidigungsexperten

wie Johann Wadepful und Henning Otte Hoffnung auf einen Wechsel ins Kabinett machen. Der ehemalige CDU-Generalsekretär und Verteidigungsstaatssekretär Peter Tauber wird auch genannt, genau wie der parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, Michael Grosse-Bromer. Er könnte zum Zug kommen, falls die Kanzlerin aus Proporzgründen nach dem Weggang der Hannoveranerin von der Leyen wieder

einen Niedersachsen im Kabinett haben möchte.

Doch noch ist offen, ob Deutschland tatsächlich erstmals seit Walter Hallstein in den 1950er und 1960er Jahren wieder den mächtigen Posten des Kommissionspräsidenten besetzen kann. Erst Mitte Juli wird wohl die Abstimmung über die Personalie „vdL“ im Europaparlament sein. Bis dahin, heißt es in der Union, solle die Entscheidung über die Nachfolge im Kabinett auf alle Fälle aufgeschoben werden – um niemanden vorzeitig zu verbrennen, wird zur Begründung gesagt.

Für die CSU ist das Ergebnis des Brüsseler Machtkampfs vor allem schwierig, weil der eigene Spitzenkandidat Weber demontiert wurde. Der Zorn vor allem an der Parteibasis ist groß. „Weber wäre der legitime Kommissionspräsident gewesen“, klagt CSU-Chef Markus Söder: „Der klassische Sieg des Hinterzimmers über die Demokratie.“ Dennoch muss Söder die Entscheidung mittragen, wohl oder übel. „Aus Verununftgründen“, sagt er.

Der Zorn richtet sich in der CSU auch gegen die Kanzlerin. „Merkel hat uns verraten“, twittert ein Landtagsabgeordneter.

## Begrenzter Spielraum für künftige EZB-Führung

Bringt der Wechsel an der Spitze der Zentralbank die Wende in der europäischen Geldpolitik? Zweifel sind angebracht

**VON JÖRN BENDER UND FRIEDRIKE MARX**

Frankfurt – Christine Lagarde ist voll des Lobes: „Für mich sind Sie, die Zentralbanker, die Helden der Krise.“ Gut vier Jahre nach diesen Worten hat sich die derzeitige Chefin des Internationalen Währungsfonds (IWF) im Rennen um die Nachfolge von Mario Draghi an der Spitze der Europäischen Zentralbank (EZB) durchgesetzt.

Nach dem Willen der Staats- und Regierungschefs soll damit erstmals in der 20-jährigen Geschichte der EZB eine Frau und Nicht-Ökono-

min an die Spitze der mächtigen Notenbank rücken. Die endgültige Entscheidung für die Amtsübernahme ab 1. November ist aber noch nicht gefallen. Die EU-Staats- und Regierungschefs müssen unter anderem noch mit dem Europaparlament beraten, bevor sie abschließend abstimmen.

Anders als die drei bisherigen EZB-Präsidenten war die Juristin und frühere französische Wirtschafts- und Finanzministerin auch nie Chefin einer nationalen Notenbank. „Ich habe genug gesunden Menschenverstand, ich habe ein bisschen Wirtschaft stu-

diert, aber ich bin keine super-tolle Ökonomin“, sagte Lagarde vor einigen Jahren der britischen Zeitung „Guardian“.

Der Spielraum für die 63-Jährige an der Spitze der EZB wäre nach acht Jahren Anti-Krisen-Kurs ohnehin begrenzt. Europas Währungshüter haben die großen Linien längst festgezurr – zumindest auf absehbare Zeit. Womöglich legt die Notenbank wegen der schwächelnden Konjunktur sogar noch einmal nach.

„Wir sind weit entfernt von einer Normalisierung der Geldpolitik, weil die Welt

weit entfernt von einer Normalisierung ist“, sagte Draghi Anfang Juni und wurde damit für einen Notenbanker ungewohnt deutlich. Internationale Handelskonflikte, Brexit, Italien – die Unsicherheiten sind groß.

Nicht einmal zwei Wochen nach seinen deutlichen Worten bewegte der Italiener mit der Aussicht auf mögliche „zusätzliche Stimuli“ wie erneute Anleihenkäufe die Märkte.

Auch über eine Verschärfung des Strafzinses für Banken wird in Frankfurt nachgedacht. Ein enges Korsett also für die mögliche künftige

EZB-Präsidentin. „Für welche Art der Geldpolitik Lagarde wirklich steht, kann derzeit niemand sagen“, sagt Carsten Brzeski, Chefvolkswirt Deutschlands der ING. Er hält eine Fortsetzung des geldpolitischen Kurses für wahrscheinlich.

Maßstäbe hatte Draghi mit seinem Machtwort aus dem Sommer 2012 gesetzt: „Whatever it takes.“ Die EZB werde „alles tun, um den Euro zu retten“, versprach der Italiener, als die Eurozone am Abgrund stand. Während Politikern diskutierte, stabilisierte Draghi mit wenigen Worten den Währungsraum.

Selbst Kritiker zollen ihm Respekt für sein entschlossenes Handeln – auch wenn bis heute gestritten wird, ob die nicht demokratisch gewählte EZB unter Draghis Führung nicht ihre Kompetenzen überschritten hat – wohlgeachtet: die gesamte EZB-Führung. Auch Lagarde könnte als EZB-Präsidentin die geldpolitische Linie nicht allein bestimmen.

Die obersten Führungshüter haben im Entscheidungsgremium – dem EZB-Rat – ein einfaches Stimmrecht. Nur im Falle eines Patts gibt die Präsidenten-Stimme den Ausschlag.